



## **Utrechter Erklärung zur akademischen Freiheit**

Im Rahmen unserer jährlichen Konferenz verurteilen wir, die Vereinigung von Menschenrechtsinstituten (Association of Human Rights Institutes – AHRI), Maßnahmen in einer Reihe von Staaten, die die akademische Freiheit einschränken oder gänzlich unterbinden. Im Namen von Sicherheit, öffentlicher Ordnung, der Bekämpfung von Terrorismus, Kriminalität oder Extremismus werden ForscherInnen, Lehrende, Studierende und akademische Institutionen an verschiedenen Orten der Welt mit disziplinarischen Maßnahmen oder Reiseeinschränkungen eingeschüchtert, verfolgt, entlassen und bis hin zu physischer Gewalt in ihren Rechten verletzt.

Als ein globales Netzwerk von akademischen Menschenrechtsinstituten ist AHRI davon überzeugt, dass die akademische Freiheit, wie sie in der Lima Declaration on Academic Freedom and Autonomy of Institutions of Higher Education, formuliert und vom World University Service 1988 übernommen wurde, ein Grundelement lebendiger Demokratien darstellt. Sie ist essentiell, um wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu ermöglichen und zu nachhaltigem Frieden und Wohlstand beizutragen. Dies gilt für den Inhalt wie die Methoden akademischer Forschung.

Die Einschüchterung von und repressive Maßnahmen gegen ForscherInnen, Lehrende und Lernende verletzt deren individuelle Meinungsäußerungsfreiheit ebenso wie ihr Recht auf und die Freiheit zu Bildung, die mittels universeller und regionaler Menschenrechtsinstrumente garantiert sind, u.a. unter den beiden UN Verträgen, deren 50jähriges Bestehen bei der heurigen AHRI-Konferenz reflektiert wurde.

Darüber hinaus erzeugen repressive Praktiken gegen die Freiheit der Wissenschaft ein Klima der Angst, das kreatives und kritisches Denken auf Kosten dieser und nächster Generationen erstickt. So widersprechen diese Praktiken auch der Sustainable Development Agenda 2030, die die internationale Gemeinschaft vor einem Jahr verabschiedet hat, in der qualitätsvolle Bildung auf allen Ebenen und wissenschaftliche Forschung und Innovation einen zentralen Raum einnehmen.

Wir verurteilen diese Praktiken von Staaten und erklären uns solidarisch mit unseren KollegInnen in ihrem Kampf für Wissen, Wahrheit, Frieden, Menschenrechte, Freiheit und Toleranz in ihren Ländern.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und Institutionen auf allen Ebenen dazu auf, klar Position gegen diese Repressionen zu beziehen und ForscherInnen, Lehrende und Studierende zu unterstützen, und wir fordern Staaten auf, ihre internationalen und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen bedingungslos einzuhalten.

*Utrecht, 3 September 2016*